

An den Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD)

Aufruf zum Betriebsrätestärkungsgesetz

- Für **effektiven Schutz von Betriebsräten** und Betriebsratsgründer*innen!
- **Union Busting als Wirtschaftskriminalität** erkennen und konsequent bekämpfen!

WORUM GEHT ES?

Am 30. März 2021 brachte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) – nach einigem Hickhack, kurz vor Ablauf der Legislaturperiode – einen Gesetzentwurf zur "Erleichterung der Gründung und Wahl von Betriebsräten" durch das Bundeskabinett. So hatte es der Koalitionsvertrag der großen Koalition aus CDU / SPD vorgesehen.

Der Entwurf des SPD-Arbeitsministeriums zum "Betriebsrätestärkungsgesetz" war mangelhaft. Er setzte jahrzehntelangem Union Busting (professionelle Bekämpfung von Betriebsräten & Gewerkschaften) fast nichts entgegen.

Zentrale Forderungen von Betriebsräten, Union Busting-Opfern und ihren Unterstützer*innen bleiben unberücksichtigt.

Wir begrüßen prinzipiell jede Verbesserung zum Schutz von Betriebsratsgründer_innen, halten die geplanten Änderungen im "Betriebsrätemodernisierungsgesetz" (wie es neurdings heißt) aber für nicht ausreichend.

Wir halten es für sinnvoll, auf die ausscheidende Regierung noch einmal Druck zu auszuüben. Wir schreiben unsere Forderungen selbstverständlich auch den kommenden Regierungen und ihren Arbeitsminister(innen) ins Stammbuch.

Die Aktion gegen Arbeitsunrecht und die Stiftung ethecon fordern gemeinsam mit Betriebsräten, Union Busting-Opfern, Arbeitsrechtler*innen & Gewerkschafter*innen:

- **Schwerpunktstaatsanwaltschaften** für Wirtschaftskriminalität / Sonderabteilungen für Arbeitsbeziehungen
- **Strafmaß erhöhen:** Betriebsratsbehinderung als Offizialdelikt!
- **Verpflichtendes Melderegister** für Betriebsratswahlen!

Online unterzeichnen: <https://arbeitsunrecht.de/betriebsraete-staerken/>



aktion ./, arbeitsunrecht
Initiative für Demokratie in Wirtschaft & Betrieb

Luxemburger Str. 176
50937 Köln

Tel.: 0221.888 69 00-2
kontakt@arbeitsunrecht.de
www.arbeitsunrecht.de



Stiftung
Ethik & Ökonomie

ethecon Stiftung Ethik & Ökonomie

Vorstand
Schweidnitzer Str. 41
40231 Düsseldorf

Tel 00211 22 95 09 11
info@ethecon.org

Zeitplan

Erstunterzeichner*innen:
bis 3. April 2021

Start Unterschriftensammlung: 4. April
2021

Unterschriftenübergabe:
16.-29. April 2021

Legislaturperiode Ende / letzte
Sitzungsphase: 25. Juni 2021

AUFRUF-TEXT

Sehr geehrter Bundesarbeitsminister Hubertus Heil,

bringen Sie ein Gesetz auf den Weg, welches den ursprünglich geplanten Namen "Betriebsrätestärkungsgesetz" auch verdient!

Das "Betriebsrätemodernisierungsgesetz" der großen Koalition genügt diesem Anspruch nicht.

Sorgen Sie für:

1. Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Wirtschaftskriminalität / Sonderabteilungen für Arbeitsbeziehungen, um eine effektive Aufklärung und Strafverfolgung krimineller Unternehmer und ihrer auf Union Busting spezialisierten Dienstleister (Rechtsanwälte, Detekteien) sicherzustellen. Hier geht es um einen Komplex, der neben Betriebsratsbehinderung regelmäßig andere Straftaten umfasst wie Diskriminierung, Prozessbetrug, Anstiftung und Verabredung zu Straftaten, juristische Nachstellung (Stalking), Nötigung, Bestechung, Ausspähung (Verletzung der informationellen Selbstbestimmung).

Oft werden Betriebsräte auch deshalb unterdrückt, weil Unternehmen die Aufdeckung anderer Delikte befürchten wie Sozialabgabenbetrug, Steuerhinterziehung, Verstoß gegen Mindestlohn, Arbeitsschutz + Arbeitszeiten etc.

2. Erklären Sie Betriebsratsbehinderung zum Officialdelikt! Dadurch steigt das Strafmaß und somit das Verfolgungsinteresse der Staatsanwaltschaften. Officialdelikte müssen im Gegensatz zu Antragsdelikten vom Staat verfolgt werden, sobald Kenntnis besteht. Bislang kann Betriebsratsbehinderung nur durch den betroffenen Betriebsrat oder eine vertretene Gewerkschaft angezeigt werden.

Auf Betriebsratsbehinderung steht derzeit dieselbe Strafe wie auf Beleidigung. Doch Union Busting ist kein Kavaliersdelikt. Union Busting ist gegen das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit am Arbeitsplatz gerichtet und damit verfassungsfeindlich.

3. Führen Sie ein verpflichtendes Melderegister für Betriebsratswahlen ein! Die genaue Zahl der Betriebsräte und Betriebsratsgründungen in Deutschland ist ebenso unbekannt, wie ihre Entwicklung oder ihr Scheitern. Bislang gibt es nur grobe Schätzungen aufgrund von Stichproben. So sollen laut IAB nur noch ca. 9% aller wahlberechtigten Betriebe mit fünf oder mehr Angestellten einen Betriebsrat haben. Doch der Befund ist umstritten und vermutlich zu optimistisch. Es fehlen genaue, empirische Daten.

Durch ein verpflichtendes Betriebsratsregister, in das Betriebsratswahlen und Betriebsratsgründungen eingetragen werden müssen, wird das Phänomen der Betriebsratsbehinderung überhaupt erst erforschbar. Das Betriebsratsregister stellt Transparenz und Öffentlichkeit her und schafft eine wichtige Grundlage, um effektiven Schutz von Betriebsräten überhaupt zu entwickeln.

In den USA gibt es ein vergleichbares Register für Gewerkschaftswahlen übrigens seit 1936.

Herr Heil, wir fordern Sie auf:

- **Leisten Sie einen substanziellen Beitrag** zu Demokratie und Mitbestimmung im Betrieb!
- **Schluss mit Straffreiheit und Rechtsnihilismus** ("legal, illegal, völlig egal"): **Betriebsratsbehinderung entschlossen verfolgen!**

Erstunterzeichner*innen:

aktion ./ . arbeitsunrecht - Initiative für Demokratie in Wirtschaft & Betrieb, ethecon - Stiftung Ethik & Ökonomie, Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB), Labournet Deutschland, Beate Müller-Gemmeke (MdB, arbeitspolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen), Jutta Krellmann (MdB, Arbeitskreis Arbeit und Soziales im Bundestag, Die Linke), Prof. Frank Deppe (Politikwissenschaftler), Daniel Wollenberg (stellv. Vorsitzender Industriegewerkschaft Luftverkehr IGL), Andreas Luttmers-Bensmann (KAB Bundesvorsitzender), Ökumenisches Netz Rhein - Mosel - Saar, Annette Schmitt & Ernestine Cornella (ehem. Vorsitzende & Stellvertreterin Betriebsrat Altenpflegeheim Schacht GmbH / Union-Busting-Opfer von RA Helmut Naujoks), Susanne Ferschl (MdB, Die Linke), Stefan Schneider (Fachanwalt für Arbeitsrecht), Daniel Labrow (Fachanwalt für Arbeitsrecht), Matthias Hemmerich (stellv. Vorsitzender DGB Speyer), #MoBleibt! (Ex- studentischer Personalrat, Ver.di / GEW / NGG), Semih Yalcin (BR-Vorsitzender Lieferando Köln), Rolf Becker (Schauspieler, ver.di FB 8, OVV Hamburg), Kai Degenhardt (Musiker), Ralf Heidemann (Fachanwalt für Arbeitsrecht / Berater für Betriebsräte), Moritz Braukmüller (ver.di Fachbereich Finanzdienstleistungen Niedersachsen-Bremen), Mona El-Tahwagi (Gesamtbetriebsratsvorsitzende), Benjamin Steilmann (Krankenpfleger, Personalratsmitglied Universitätsklinikum Schleswig-Holstein), Jana Seppelt (Gewerkschaftssekretärin), Prof. Dr. Ansgar Moenikes (Theologe, KAB), Frank Hawel (Landesfachbereichsleiter Finanzdienstleistungen, ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg), Angela Platsch (Rentnerin, ehemaliges Betriebsratsmitglied, Coburg), Thomas Aulbur (Betriebsrats Vorsitz DRK Kreisverband Paderborn), Mehmet Emin Özcan (Betriebsratsvorsitzender Bauhaus), Petra Vogel (Betriebsratsvorsitzende Fa. WI-MED Reinigung und Hauswirtschaft im Bergmannsheil Bochum), Cosimo-Damiano Quinto (Gewerkschaftssekretär), Willi Oberländer (Rentner, ver.di), Beate Hoffmann (Rentnerin, ehemaliges Betriebsratsmitglied), Dirk Hansen (Gewerkschaftssekretär), Dr. Frank Lorenz (Rechtsanwalt, Zertifizierter Datenschutzbeauftragter (TÜV), Richard Schmid (ver.di Gewerkschaftssekretär i.R., Bremen), Moritz Lange (Gewerkschaftssekretär, Frankfurt), Camila Cirlini (Bundestags-Kandidatin Die Linke NRW), Guido Jurock (Gewerkschaftssekretär), Almut Jürries (IG Metall), Bernd Fuhrmann (Betriebsratsmitglied United Parcel Service Deutschland S.à r.l. & Co. OHG), Caroline Kirchoff (Gewerkschaftssekretärin), Nikolai Rupay Dahm (Fachanwalt für Arbeitsrecht), Oliver Klinger (Personalratsvorsitzender), Jutta Sisterhenn (Gewerkschaftssekretärin), Yasemin Kizilirmak (Gewerkschaftssekretärin), Karin Wagner (Gewerkschaftssekretärin), Frank Indervoort (Gewerkschaftssekretär), Thomas Kaepernick (Betriebsratsmitglied, sozialer Träger, Berlin), Thomas Birg (IG Metall, Betriebsratsvorsitzender), Matthias Fritz (ehem. BR Mahle Stgt-Cannstatt, stellv. Vorsitzender), Jörg Stratemeyer (stellv. Betriebsratsvorsitzender), Roland Blumenauer (Gewerkschaftssekretär, ver.di), Wolfgang Geißler (Betriebsratsmitglied), Raphael Kamps (ehemaliger Betriebsratsvorsitzender), Michael Kretschmer (stellv. Betriebsratsvorsitzender), Kornelia Haustermann (Gewerkschaftssekretärin ver.di, FB 08), Thilo Allwardt (Fachanwalt für Arbeitsrecht), Michael Weißenfeldt (ehemaliger Betriebsrat Maredo Frankfurt), Uli Kring (Betriebsratsvorsitzender Aldi Nord Bad Laasphe), Susanne Schmitt (Personalratsmitglied Universität Siegen), Silvia Gabelmann (MdB die Linke), Jasmina Dinter (Fachhaltenpflegerin, ver.di, Autorin The Horrorcrew Care Project), Peter Grosius (Betriebsratsvorsitzender, Vors. Stadtverband Oberhausen Bezirksverband MEO IG BAU, ehrenamtl. Richter Arbeitsgericht Oberhausen), Henning Dittmar, Tim Bergmann (Gewerkschaftssekretär), Lukas Schmolzi (2. stellv. Vorsitzender Gesamtpersonalrat der FU Berlin, Mitglied des Personalrats Dahlem der FU Berlin, ver.di Vertrauensmann FU Berlin), Claudia Bugdoll-Schmitt (Betriebsratsmitglied), Gorillas Workers' Collective (Berlin), Thomas Somogyvári (Gewerkschafter FAU, MdABA & Beirat Kommunale Beschäftigungsförderung für Die PARTEI).

Online unterzeichnen: <https://arbeitsunrecht.de/betriebsraete-staerken/>